



Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Herrn Friedrich Merz MdB
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Per E-Mail: bk01@bk.bund.de

Deutscher Raiffeisenverband e.V.

PRÄSIDENT

Pariser Platz 3
10117 Berlin
Tel. +49 30 856214-500
vorstandsstab@drv.raiffeisen.de

17. Juni 2026

EU-Pläne zur GAP ab 2028: Dramatische Folgen für Ostdeutschland verhindern – klare Positionierung der Bundesregierung gegen Kappung und Degression erforderlich

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die genossenschaftliche Agrar- und Finanzwirtschaft beobachtet mit großer Sorge die Vorschläge zur Ausgestaltung der zukünftigen Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Sollten die angekündigten Kürzungen der Direktzahlungen durch Degression und Kappung umgesetzt werden, hätte dies massive Auswirkungen auf die Agrarstruktur und den gesamten ländlichen Raum insbesondere in Ostdeutschland. Vor diesem Hintergrund erkennen wir das Engagement von Bundesminister Rainer, sich für Verbesserungen bei den aktuell vorliegenden Vorschlägen der EU-Kommission einzusetzen an. Dies allein wird nach unserer Einschätzung nicht ausreichen. Vielmehr muss Deutschland sein gesamtes politisches Gewicht in die Verhandlungen einbringen und als Bundesregierung klar eine Kappung und Degression in Brüssel grundsätzlich ablehnen.

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen Direktzahlungen von mehr als 20.000 Euro gestaffelt gekürzt und auf maximal 100.000 Euro pro Unternehmen gedeckelt werden. Diese Pläne würden die Landwirtschaft im Osten massiv treffen. Historisch bedingt ist Ostdeutschland von größeren, arbeitsteiligen und kooperativen Betriebsformen geprägt. Agrargenossenschaften als Mehrfamilienbetriebe sind hier eine feste Größe und bewirtschaften in der Summe knapp dreißig Prozent der Agrarfläche. Sie würden bei einer Umsetzung der Vorschläge der EU-Kommission im Durchschnitt mehr als zwei Drittel ihrer Direktzahlungen verlieren. Als Folge würden die Agrargenossenschaften keine ausreichenden Gewinne mehr für Investitionen in die betriebliche Weiterentwicklung erzielen. Es drohen der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Studien zufolge würden sie sich allein für Sachsen auf rund 100 Millionen Euro jährlich belaufen.

Wenn Agrargenossenschaften unter Druck geraten, betrifft dies nicht nur die landwirtschaftliche Urproduktion. Auch die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, kommunalen Dienstleistungen, Erzeugung erneuerbarer Energien, regionale Auftragsvergabe an Dritte und soziales Engagement im ländlichen Raum wären bedroht.

Deutscher Raiffeisenverband e.V. • Pariser Platz 3 • 10117 Berlin

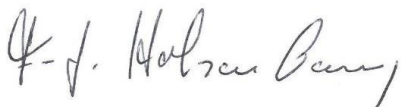
Der DRV ist registrierter Interessenvertreter im Sinne des Lobbyregistergesetzes (Registernr.: R001376) und hat den Verhaltenskodex des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung akzeptiert.

Die Volks- und Raiffeisenbanken befürchten die Schwächung planbarer Zahlungsströme und Investitionsperspektiven und dadurch steigende Unsicherheiten bei Finanzierungen, Modernisierungsvorhaben und Zukunftsinvestitionen. Betroffen wären damit nicht nur landwirtschaftliche Unternehmen, sondern ganze Wertschöpfungsketten in struktursensiblen Regionen. Wie ernst die Lage ist, zeigen die Ergebnisse einer Umfrage unter Agrargenossenschaften: 95 Prozent der Betriebe erwarten erhebliche Strukturbrüche durch die GAP-Vorschläge und ebenso 95 Prozent befürchten bei einer Kappung auf 100.000 Euro eine Gefährdung ihrer Existenz.

Diese Zahlen zeigen für uns eindeutig, dass jetzt politisch gehandelt werden muss. Das gilt umso mehr, als die Krisen der vergangenen Jahre deutlich gezeigt haben, dass die Resilienz des Ernährungs- und Energiesektors gestärkt werden muss. Für uns ist eine leistungsfähige Agrarwirtschaft insbesondere in Ostdeutschland daher nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch sicherheitspolitisch relevant. Auch trägt sie dazu bei, den sozialen Frieden im strukturschwachen ländlichen Raum Ostdeutschlands zu stärken.

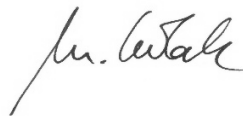
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um eine klare Positionierung der Bundesregierung gegen die geplante Kappung und Degression von Direktzahlungen. Wir benötigen dringend ein deutliches Signal für eine rechtsformneutrale, planbare und investitionsfreundliche Agrarpolitik, die die besonderen Realitäten Ostdeutschlands berücksichtigt. Die Bundesregierung hat jetzt die Chance, der ostdeutschen Landwirtschaft und Bundesminister Rainer den Rücken zu stärken.

Freundliche Grüße



Franz-Josef Holzenkamp

Präsident DRV



Marija Kolak

Präsidentin BVR



Michael Hoeck

Vorstandsvorsitzender Genoverband